

/// Sechs Antworten auf aktuelle Fragen

DER KRIEG IN SYRIEN

MARTIN PABST /// Der Mitte 2011 ausgebrochene Krieg in Syrien hat das Land ruiniert, die Gesellschaft gespalten und ein „strategisches Patt“ hervorgebracht. Weder Regierung noch Rebellen mit ihren jeweiligen externen Unterstützern sind stark genug, den Kampf zu entscheiden. Kurdische Sonderinteressen und dschihadistische Expansionsbestrebungen tragen zur Komplexität der Konfliktlösung bei. Neue Fakten wurden 2015 mit der russischen Militärintervention auf Seiten der Regierung geschaffen, so hat sie im Dezember 2016 die Einnahme des lange umkämpften Ost-Aleppo ermöglicht. Doch eröffnet das russische Eingreifen auch die Chance für eine von einer Gruppe externer Mächte durchgesetzte Friedenslösung. Möglicherweise erleichtert der pragmatische Ansatz des künftigen US-Präsidenten Donald Trump eine Verständigung über Syrien. Der Friedens- und Wiederaufbauprozess wird freilich von zahlreichen Risiken begleitet sein.

Gemäß einer Schätzung des Sondergesandten der UNO und Arabischen Liga, Steffan de Mistura, wurden ca. 400.000 Menschen bis Frühjahr 2016 getötet.¹ Das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs bilanziert 4,8 Mio. registrierte Flüchtlinge in den Nachbarländern sowie 6,5 Millionen Binnenvertriebene.² Jeder zweite Syrer ist somit entwurzelt. Die verbliebenen Bewohner werden nicht nur von Kriegshandlungen bedroht, sondern müssen auch in einer zunehmend brutalisierten und kriminalisierten Gesellschaft leben. Zahllose Kriegsverbrechen von Seiten der Regierungskräfte, Rebellengruppen und Dschihadisten führten zu einer zunehmenden Spaltung des Landes.

Staatliche Institutionen funktionieren in dem von der Regierung kontrollierten Territorium nur noch eingeschränkt; in den von den Rebellen beherrschten Gebieten konnten sie nur rudimentär aufgebaut werden. Die reale Wirtschaftsentwicklung betrug 2012 und 2013 jeweils ca. -25 % des BIP und auch 2016 wird sie noch im einstelligen

Der 2011 ausgebrochene Krieg hat Syrien mittlerweile **RUINIERT.**



Quelle: picture alliance / Ibrahim Ebu Leys / Anadolu

Fünf Jahre Krieg haben Syrien mittlerweile nahezu ruiniert. Dem Leid der Bevölkerung und der Zerstörung muss dringendst ein Ende gesetzt werden.

Minusbereich liegen. Der reale Wert der Exporte ist in den Jahren 2010-2015 um 80 % zurückgegangen.³ Große Teile der Infrastruktur sind zerfallen oder zerstört. Vor dem Krieg lag die Einschulungsquote bei fast 100 %; heute können geschätzte 4 Mio. Kinder keine Schule besuchen.⁴ Unzählige Kulturdenkmäler sind durch Kriegsereignisse beschädigt, von Räubern geplündert oder vom „Islamischen Staat“ (IS) gezielt zerstört worden.

Seit 2012 mischen sich externe Mächte zunehmend ein, denn Syrien ist ein geostrategisch bedeutendes Land, z. B. für geplante Erdgaspipelines aus dem Iran oder – in Konkurrenz dazu – Katar. Syrien bildet die Brücke zwischen dem Mittelmeer und dem Persischem Golf. Aufgrund seiner langjährigen pro-palästinensischen Ausrichtung, seiner Teilnahme an drei Nahostkriegen und

der seit 1967 israelisch besetzten Golanhöhen ist Syrien eine Partei im ungelösten Nahostkonflikt, Teilhaber am regionalen Kurdenkonflikt sowie Anrainer der seit 2003 eskalierenden bewaffneten Konflikte im Irak. Schließlich wird im syrischen Vorfeld der saudisch-iranische Machtkampf mit immer größerer Heftigkeit ausgetragen.

Interne Konfliktursachen oder externe Einmischung?

Zur Jahreswende 2010/11 wurden fast alle arabischen Staaten von Bürgerprotesten erfasst. Auch Syrien machte keine Ausnahme, wenngleich eine nennenswerte Protestbewegung erst Mitte März 2011 einsetzte. Das Narrativ der Regierung von Staatspräsident Bashar al-Assad lautet, dass in Syrien keine vergleichbare Unzufriedenheit wie in an-

deren arabischen Staaten herrscht und die Proteste hier durch eine konzertierte Verschwörung des Westens, der Türkei und der Golfstaaten angezettelt wurden. Ähnliche Thesen werden auch in Russland und im Iran vertreten. Hingegen sieht sich die Opposition als Teil der Arabien-weiten Protestbewegung gegen undemokratische und ungerechte Regime.

Zweifelsohne gab es westliche Bemühungen zugunsten eines Regimewechsels in Syrien, zumal das Land sich ab den 1980er-Jahren in die Einfluss-sphäre des Irans begeben hatte. US-Präsident George W. Bush hatte 2005 die „Freedom Agenda“ für den „Greater Middle East“ verkündet. Der von den USA „befreite“ Irak sollte zum Exempel der politischen und ökonomischen Transformation werden. Unbelehrbare antiwestliche Staaten sollten isoliert und unter Druck gesetzt werden. Das Spektrum der Maßnahmen reichte von Schulungen für zivilgesellschaftliche Oppo-

westlichen Staaten monatelang zurück und arbeiteten nicht auf einen Sturz Assads hin, den sie zudem für unwahrscheinlich hielten.

Die Regionalmächte Katar, Saudi-Arabien und Türkei strebten größeren politischen und ökonomischen Einfluss in Syrien an und sympathisierten mit der überwiegend sunnitischen Opposition. Doch versuchten sie noch bis zur Jahresmitte 2011, Staatspräsident Assad zu einem Ausgleich zu bewegen. Erst nach dem Scheitern dieser Bemühungen schlugen sie sich auf die Seite der Opposition und betrieben deren Bewaffnung. Gerade der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte sich vergeblich bemüht, seinen „Freund“ Assad zur Einbindung der Opposition, in Sonderheit der Muslimbruderschaft, zu bewegen. Vom Scheitern seiner Bemühungen persönlich tief gekränkt, erklärte er ab der Jahresmitte 2011 den Sturz von Assad zur Priorität türkischer Außenpolitik und stellte dem oppositionellen „Syrischen Nationalrat“ und der sich bildenden „Freien Syrischen Armee“ die Türkei als externe Basis zur Verfügung. Die Türkei nahm massiv Einfluss auf diese Institutionen, was für deren Akzeptanz im Land nicht gerade förderlich war.

Auch wenn die syrische Regierung möglicherweise zu Recht anführt, dass es bereits in den ersten Protestmonaten zu gezielten Tötungen von Sicherheitskräften kam und Tunnel für Waffenschmuggel entdeckt wurden – die Gewalt ging bis zur Jahresmitte ganz überwiegend von den Sicherheitskräften aus, die eine bewaffnete Konfrontation zu provozieren suchten. Auch bestanden in Syrien dieselben Konfliktursachen wie in anderen arabischen Staaten: ein autoritäres Regime, Machtwillkür von Sicherheitskräften und Geheimdiensten,

Es gab WESTLICHE Bemühungen zugunsten eines Regimewechsels in Syrien.

sitionelle bis hin zur Genehmigung verdeckter CIA-Operationen in Syrien und im Iran.⁵ Doch zwangen die Misserfolge im Irak bereits US-Präsident Bush in seinen letzten Amtsjahren zu einer Kurskorrektur. Unter seinem Nachfolger Barack Obama wurde die Transformationsagenda noch kleiner geschrieben. Zunächst ab 2008 Frankreich, später auch die USA und andere westliche Staaten gingen auf die syrische Regierung zu. Nach dem unerwarteten Ausbruch von Protesten hielten sich die

Armut und Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung sowie Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Syrer (2010 stellten die 15-29-Jährigen die Hälfte der Bevölkerung).

Ethnisch-religiöser Konflikt oder Konflikt um Macht und Ressourcen?

Häufig werden unvereinbare Gegensätze zwischen Religionsgruppen (Sunniten vs. Alawiten / Drusen / Schiiten / Christen) bzw. Ethnien (Araber vs. Kurden) als Ursache des Konflikts in Syrien bezeichnet. Doch lehrt gerade die syrische Geschichte, dass die Religionen, Konfessionen und Ethnien über viele Jahrhunderte friedlich zusammenlebten. So wurde Aleppo im 17. und 18. Jahrhundert gemeinsam von muslimischen und christlichen Stadtoberen verwaltet.⁶ Die Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit bildet einen wichtigen Bestandteil der sozialen Identität, doch gab sie jahrhundertlang kaum Anlass für politische Spannungen zwischen den Gruppen.

Zentrale Konfliktursache ist vielmehr, dass das System Assad Macht und Ressourcen gruppenbezogen ungleich verteilt. 1970 putschte sich der Luftwaffengeneral Hafiz al Assad an die Macht. Zur Stabilisierung seiner Macht vergab er Schlüsselpositionen in Militär, Sicherheitsdiensten und Wirtschaft an loyale Angehörige seiner eigenen alawitischen Religionsgruppe. Da diese nur etwa 12 % der Bevölkerung stellt, kooptierte er weitere Minderheitsgruppen (Christen, Drusen, Schiiten), außerdem Vertreter der sunnitischen Mittel- und Oberschicht. Damit konnte er mit dem Rückhalt von etwa einem Drittel der Bevölkerung rechnen. Das Assad-System politisierte also die Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit. Die Minderheiten wurden von der Re-

gierung vereinnahmt und privilegiert, große Teile der sunnitischen Mehrheit (rund 74 % der Bevölkerung) hingegen tendenziell benachteiligt.

Aufgrund einer starken Bevölkerungsvermehrung, rückläufiger Ölexporte, einer nur der städtischen Mittel- und Oberschicht zugute kommenden Wirtschaftsliberalisierung sowie extrem harter Dürreperioden (2006-11) verschlechterte sich ab etwa 2000 die Lage vieler einfacher Syrer. Besonders betroffen war die überwiegend sunnitische Bevölkerung im vernachlässigten ländlichen Raum. Sie wurde zur bestimmenden, freilich nicht alleinigen Kraft der 2011 einsetzenden Protestbewegung.

Die politische und ökonomische Privilegierung bzw. Benachteiligung bestimmter Gruppen fachte die Proteste an, nicht religiöser bzw. konfessioneller Hass. Oppositionelle Syrer beschworen 2011 die Einheit des syrischen Volkes im Kampf gegen eine ungerechte Regierung. Doch rasch wurden auf beiden

Eine Konfliktursache ist die politische und ökonomische PRIVILEGIERUNG bestimmter Minderheitsgruppen durch das Assad-Regime.

Seiten religiöse bzw. konfessionelle Resentiments mobilisiert. Die Assad-Regierung stellte die Oppositionellen als blutrünstige sunnitische Dschihadisten dar und suchte damit, den Minderheiten Angst einzujagen. Auch im Oppositionslager machten bald Anführer Stimmung, indem sie religiöse bzw. konfessionelle Gruppen summarisch als Kollaborateure und Ketzer anprangerten. Immer häufiger ertönten nun auf De-

monstrationen Slogans wie „Christen in den Libanon, Alawiten in den Sarg!“.

Das probate Instrument religiöser / konfessioneller / ethnischer Hasspropaganda hatte bereits im Irak die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen vergiftet. Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der einen oder anderen Partei lösten eine Eigendynamik aus. Das Narrativ angeblich unlösbarer religiöser bzw. konfessioneller Gegensätze verfestigte sich. In der Auseinandersetzung zwischen arabischen und kurdischen Syrern wurden Anhänger mit entsprechenden ethnischen Ressentiments mobilisiert. Zentrale Konfliktursache ist freilich die ungerechte Verteilung von Macht und Ressourcen. Wenn dieses System abgeschafft und damit die Zugehörigkeit zu einer Religions- bzw. Konfessionsgruppe wieder entpolitisiert ist, werden einem Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen.

Warum erfolgte keine humanitäre Intervention des Westens?

Waren die USA und ihre Verbündeten zunächst bereit, der syrischen Regierung eine Chance zu geben, so schwenkten sie zur Jahresmitte 2011 um. US-Präsident Barack Obama erklärte am 18. August 2011, dass Präsident Assad seine Legitimation verspielt habe, und forderte ihn zum Rücktritt auf. Nach mehreren, der Assad-Regierung angelasteten Kriegsverbrechen an Zivilisten wie z. B. dem Massaker von Houla mit 102 Toten vom 25./26. Mai 2012, verstärkte sich im Westen der Druck aus Politik und Zivilgesellschaft, zum Schutz der syrischen Zivilbevölkerung militärisch einzugreifen oder gar die Assad-Regierung zu stürzen. Auch der oppositionelle Syri-

Der Westen **ZÖGERTE auf Grund schlechter Erfahrungen in Libyen, in den Syrienkonflikt militärisch einzugreifen.**

sche Nationalrat und die Regionalmächte Katar, Saudi-Arabien und die Türkei drängten Washington zum Eingreifen. Die von westlichen Staaten angeführte internationale Militärintervention in Libyen weckte erhebliche Erwartungen bei der Opposition und ihren Unterstützern. Man setzte auf einen raschen Sturz von Assad mit Hilfe des Westens und forderte international garantierte Schutz- oder Flugverbotszonen, die gewaltsame Durchsetzung eines Waffenembargos oder gar direkte militärische Unterstützung von Rebellen.

Baschar al-Assad und seine Verbündeten Iran und Russland erkannten diese Bedrohung. Sie nutzten die länger als erwartet andauernde Libyen-Intervention (März-Oktober 2011) zur gezielten Aufrüstung der Regierungskräfte. Im VN-Sicherheitsrat blockierte Russland zusammen mit China jeden Resolutionsentwurf, der den Einsatz von Gewalt mit Bezug auf die Schutzverantwortung legitimiert hätte. Ein „zweites Libyen“ sollte unter allen Umständen vermieden werden. Moskau und Peking nahmen den westlichen Staaten besonders übel, das auf den Schutz von Zivilisten begrenzte humanitäre UN-Mandat für „regime change“ in Libyen missbraucht zu haben.

Freilich war die Bereitschaft der USA, in den komplexen syrischen Krieg

einzugreifen, noch dazu ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats, von Anfang an begrenzt. Die Erfahrungen aus dem nicht von Washington, sondern vor allem von London und Paris betriebenen Libyen-Einsatz bestärkten sie in dieser Haltung. Nach dem Sturz Gaddafis war es nicht zu einer kontrollierten Machtübertragung gekommen, sondern zu Chaos, Staatszerfall und Radikalisierung. Vor allem das Pentagon war gegenüber einem militärischen Vorgehen in Syrien skeptisch. So schätzte man 2012, dass für eine Beschlagnahmung der syrischen Chemiewaffen bis zu 75.000 US-Soldaten notwendig sein würden.⁷ Auch beschränkte Maßnahmen wie die Etablierung von Schutz- oder Flugverbotszonen könnten die USA in einen weiteren langwierigen Krieg mit unübersichtlicher, multipolarer Konfliktkonstellation hineinziehen.

In punkto Massenvernichtungswaffen wagte es US-Präsident Barack Obama freilich, eine „rote Linie“ zu ziehen. Am 21. August 2012 kündigte er für den Fall, dass die syrische Regierung Massenvernichtungswaffen einsetzen würde, US-Militärschläge an. Am 21. August 2013 wurden in der Tat in Ghouta bei Damaskus hunderte, vielleicht sogar mehr als tausend Menschen durch chemische Waffen getötet. Die USA und ihre westlichen Verbündeten sowie Katar, Saudi-Arabien und die Türkei machten die Assad-Regierung dafür verantwortlich. Daraufhin begannen die Vorbereitungen für einen konzertierten Militärschlag, der aber eng begrenzt sein und keine Landstreitkräfte beinhalten sollte. Mangels parlamentarischer Unterstützung erklärte die britische Regierung von David Cameron jedoch, an der Militäraktion nicht teilzunehmen. Daraufhin suchte US-Präsident Barack Ob-

ama die Zustimmung des Kongresses. Als sich auch hier Widerstand gegen die unpopuläre Verwicklung in einen weiteren arabischen Krieg abzeichnete, verzichtete er schließlich auf die Luftschläge und schloss sich dem russischen Vorschlag an, die syrischen Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht zu vernichten. Dem stimmte auch die Assad-Regierung zu.

Seit der am 30. September 2015 begonnenen russischen Militärintervention und der nachfolgenden Stationierung moderner S300/S400-Luftabwehrsysteme ist eine gegen die Assad-Regierung

Fatal war der ÜBERGANG von der friedlichen Protestbewegung zur bewaffneten Rebellion.

gerichtete militärische Intervention der USA und anderer westlicher Staaten nicht mehr realistisch. Nur zur Bekämpfung des terroristischen „Islamischen Staats“ (IS) setzen die USA militärische Mittel ein. Seit September 2014 bekämpft eine US-geführte Koalition von über 60 Staaten den IS im Irak und in Syrien mit Luftschlägen und Spezialkräfte unterstützen verbündete einheimische Kräfte am Boden. Den Einsatz von US-Landstreitkräften schloss US-Präsident Obama auch in diesem Zusammenhang kategorisch aus. Letztlich waren die USA nur bereit, in Syrien militärisch einzugreifen, wenn die nationale Sicherheit direkt bedroht war. Die Verbreitung von Massenvernichtungs-

waffen und die Expansion von grenzübergreifendem Terrorismus erfüllte dieses Kriterium. Die Verhinderung von Kriegsverbrechen und die Unterstützung einer Demokratiebewegung zählten hingegen nicht zu den US-amerikanischen Kerninteressen. Im Fall von Syrien kam erschwerend hinzu, dass auch Rebellen Kriegsverbrechen begingen und undemokratische Ziele verfolgten.

Warum kam es zu einem Patt ohne Sieger?

Fatal war der Übergang von der friedlichen Protestbewegung zur bewaffneten Rebellion. Er gründete auf einer doppelten Fehleinschätzung von Teilen der Opposition und ihrer regionalen Unterstützer (Katar, Saudi-Arabien, Türkei). Sie gingen davon aus, dass sich Assad nicht lange halten werde, und setzten darauf, dass die USA und andere westliche Staaten den Rebellen gegebenenfalls zu Hilfe kommen würden. Doch der Übergang zum bewaffneten Widerstand war ein strategischer Fehler. Etwa ein Drittel der Syrer stand hinter Präsident Assad. Darüber hinaus konnte dieser davon ausgehen, dass eine unentschiedene Mittelgruppe ihm zwar kritisch gegenüberstand, sich aber auch nicht auf die Seite der unbekanntenen Oppositionsgruppen, die sie nicht kannte oder sogar fürchtete, schlagen würde. Auch konnte Assad eine einheitlich ausgebildete, unter einem zentralen Kommando stehende Armee gegen dezentral neu aufgestellte Rebellengruppen ins Feld führen, die sich mit zunehmendem Kriegsverlauf weiter zersplitterten. Zudem verlor die Opposition mit dem Übergang zum bewaffneten Kampf ihre „demokratische Unschuld“. Sie wurde zur Kriegspartei, und manche Rebellengruppen griffen bald zu

den gleichen brutalen Mitteln wie von Anfang an die Regierung.

Außerdem wurden die Rebellen durch das Erstarken dschihadistischer Gruppen marginalisiert und diskreditiert. Assad förderte diese Entwicklung, indem er im Mai 2011 bekannte Radikalislamisten wie Zahran Alloush (2013 Mitgründer der Jaish al-Islam) und Hasan Abboud (2011 Gründer der Ahrar al-Scham) freiließ, mit dschihadistischen Gruppierungen Geschäfte machte und diese lange Zeit kaum attackierte, da man in den gemäßigten Rebellen einen gemeinsamen Feind hatte. Autoren wie Christoph Reuter bringen zahlreiche Belege für eine Komplizenschaft zwischen der Assad-Regierung und Dschihadisten.⁸ Doch sollte man die These einer Manipulation oder gar Erfindung dschihadistischer Gruppen durch die Assad-Regierung nicht zu weit treiben.

Sami Moubayed zeigt auf, dass gewaltbereite radikalislamistische Strömungen gerade in Syrien verwurzelt sind und bis in die 1950er-Jahre zurückreichen.⁹ Ab den 1980er-Jahren fanden syrische Radikalislamisten bei der Al-Qaida Zuflucht, erreichten dort einflussreiche Positionen, z. B. Abu Mussab al-Souri, und sammelten in Afghanistan und im Irak Kampferfahrung. 2011 standen sie Gewehr bei Fuß, als in Syrien Proteste ausbrachen. Überhaupt bot die gemeinsame Grenze mit dem Irak eine Eintrittspforte für Dschihadisten, die hier sowohl einen Rückzugs- wie einen Expansionsraum fanden. Sowohl die Jabat al-Nusra (heute Jabat Fatah al-Scham) wie der IS sickerten von dort ein. Schließlich gab es weitere Akteure, die Radikalislamisten und Dschihadisten, zumindest fallweise, ungeniert förderten: Katar, Saudi-Arabien und die

Türkei. In noch stärkerem Maß erfolgte eine Unterstützung durch private, Internet-basierte Spendennetzwerke. Der lange Zeit kaum überwachte und regulierte Finanzplatz Kuwait diente dabei als Drehscheibe.

Assad **INSTRUMENTALISIERTE** geschickt die Dschihadisten für sich.

Je länger der Krieg dauerte, desto stärker konnten sich die besser ausgerüsteten, ideologisch hochmotivierten und besonders rücksichtslos auftretenden Radikalislamisten und Dschihadisten in den Vordergrund drängen. Assad musste nur abwarten, bis seine Prophezeiung „Wir oder die Dschihadisten“ im Westen akzeptiert wurde. Die Regierung konnte auch die komplexe Gemengelage Syriens zu ihrem Vorteil nutzen. Ein kluger Schachzug Assads war es, den im Norden beheimateten Kurden unter straffer Führung der Partei der Demokratischen Union (PYD), einem PKK-Ableger, im Juli 2012 eine de-facto-Autonomie zuzugestehen. Im Gegenzug sagte die PYD zu, die Rebellion nicht zu unterstützen. Armeeeinheiten konnten dadurch aus dem Norden abgezogen und an anderer Stelle gegen Rebellen eingesetzt werden.

Last but not least konnte die Regierung auf die langfristig ausgelegte, strategische Unterstützung des Iran bauen, denn in Syrien wird auch ein Stellvertreterkrieg ausgetragen. Saudi-Arabien will dort den iranischen Einfluss ausschal-

ten, der Teheran eine Machtprojektion bis zum Mittelmeer ermöglicht. Im Gegenzug ist der Iran entschlossen, seine Einflussosphäre zu verteidigen und keine saudisch dominierte sunnitische Regierung in Damaskus zuzulassen. Iran finanzierte mit Milliardenkrediten Syriens Kriegsanstrengungen, lieferte in großem Umfang Waffen, entsandte Militärberater, mobilisierte libanesischen, irakischen und afghanischen Hilfsmilizen und stellte mit den „National Defence Forces“ (NDF) eine iranisch ausgebildete und ausgerichtete Unterstützungsgruppe in Syrien auf – durchaus in Konkurrenz zur syrischen Armee.

Russlands Interessen in Syrien sind nicht so weitreichend, doch schirmte Staatspräsident Wladimir Putin den langjährigen Verbündeten im Sicherheitsrat ab, lieferte ebenfalls Waffen und entsandte im September 2015 schließlich seine Luftwaffe nach Syrien. Die militärische Unterstützung Assads durch den Iran und Russland war weitaus professioneller als die Unterstützung der Rebellen durch Katar, Saudi-Arabien und die Türkei. Letztere Staaten agierten häufig in Konkurrenz zueinander, wechselten kurzfristig die Partner, waren über das Einsatzland nur unzureichend informiert und hatten kaum Erfahrung bei der Förderung von Aufstandsbewegungen in anderen Ländern. Der Übergang zum bewaffneten Kampf verstärkte die politische Uneinigkeit der Opposition, legte den Fokus auf das Schlachtfeld und stärkte mit zunehmender Kriegsdauer die radikalislamistischen Kräfte. Von Anfang an hatten die Rebellen kaum eine Chance, die Regierung mit Gewalt zu stürzen – eine Einschätzung, die die im „Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel“ zusammengeschlossene althergebrachte Da-

maszener Opposition wie auch zahlreiche jugendliche Protestaktivisten von Anfang an vertreten hatten. Doch setzten sowohl der von Exilpolitikern dominierte Syrische Nationalrat wie auch die 2012 erweiterte „Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“ in Istanbul inklusive ihrer Unterstützer Katar, Saudi-Arabien und Türkei jahrelang ohne Erfolg auf eine militärische Lösung.

Nach fünf Jahren Krieg ist freilich auch die Assad-Regierung erheblich geschwächt. Weder die syrischen Kriegsparteien noch die regionalen Unterstützungsmächte sind stark genug, das „strategische Patt“¹⁰ zu durchbrechen.

Wer kann den Krieg beenden?

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin hat bislang nur ein begrenztes Dispositiv zum Einsatz gebracht. Er muss darauf achten, dass der Syrien-Einsatz zuhause populär bleibt und bezahlbar ist. Moskau ist nicht daran interessiert, Assad um jeden Preis an der Macht zu halten und bis zum „Endsieg“ zu kämpfen. Hierfür müsste Russland Landstreitkräfte einsetzen und sich möglicherweise auf einen sehr langen Krieg, mit dem Risiko zunehmender Guerilla- und Terroranschläge auf seine Kräfte, einstellen. Auch steht ein kostspieliger Wiederaufbau des Landes an, den Russland sicherlich nicht allein finanzieren möchte. Es hat denn auch bereits seine Fühler zur gemäßigten Opposition ausgestreckt. Moskau will mit seinem Engagement in Syrien einen gewaltsamen „regime change“ verhindern, früheren geopolitischen und ökonomischen Einfluss im Nahen/ Mittleren Osten wiederherstellen, den bestehenden Marinestützpunkt Tartus und den neuen Luftwaffenstützpunkt Latakia be-

haupten, die territoriale Integrität von Staaten grundsätzlich wahren sowie die Ausbreitung von Dschihadismus und Terrorismus möglichst im Vorfeld des eigenen Territoriums stoppen.

Letztere beiden Ziele werden auch von den USA verfolgt. Damit liegt eine Kooperation zwischen Washington und Moskau zur Konfliktlösung nahe. Sie würde auch dem russischen Bestreben entgegenkommen, von den USA als globaler Partner auf Augenhöhe akzeptiert zu werden. Mit vereinten Kräften könnten die USA und Russland das „strategische Patt“ durchbrechen und die syrischen Konfliktparteien und Regionalmächte zu einem Kompromissfrieden zwingen. Beide Mächte bringen beträchtliches Einflusspotenzial ein, das sich ergänzt. Die USA verfügen über langjährige enge Beziehungen zu Ägypten, Israel, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei, zur irakischen Regierung und zur kurdischen Regionalregierung im Nordirak, zur Nationalen Koalition der syrischen Revolutions-

Die militärische Unterstützung Assads durch den Iran und Russland war **PROFESSIONELLER als die der Rebellen durch Katar, Saudi-Arabien und die Türkei.**

und Oppositionskräfte in Istanbul und zur Freien Syrischen Armee, seit einiger Zeit auch zur syrisch-kurdischen PYD, mit der sie gegen den IS militärisch kooperieren. Russland pflegt gute Beziehungen zum Iran und zu Israel, es hat sich mit einer, infolge ihrer innenpolitischen Probleme in Syrien bescheidener gewordenen und nun auf die Verhinderung eines Kurdenstaats fokussierten

Türkei wieder versöhnt und arrangiert, wobei Erdogan in Syrien nun von Putins Wohlwollen abhängig ist. Darüber hinaus hat Russland seine politischen und militärischen Beziehungen zu Ägypten und zum Irak intensiviert. In Syrien pflegt Moskau enge Kontakte zur Assad-Regierung, zum säkularen Nationalen Koordinationskomitee für Demo-

genüber Russland, dem Iran und dem Syrienkonflikt, hier besteht ein großes Spannungspotenzial.

Zunächst ist Russland in Vorlage gegangen: Am 20. Dezember 2016 sprachen sich Russland, die Türkei und der Iran in Moskau für eine erneute Waffenruhe aus und boten sich als Garantmächte an. Die vom UN-Sicherheitsrat unterstützte Initiative soll nach dem Beginn der Waffenruhe (30.12.) in Friedensgespräche in Astana (Kasachstan) münden.

Inwieweit Russland die USA als Einflussmacht im Nahen / Mittleren Osten ablösen wird, ist noch offen. Moskau setzt auf Ägypten und den Iran als Eckpfeiler gegen den Dschihadismus. Es deutet sich eine von Ägypten über Syrien und den Irak bis in den Iran reichende russische Einflusszone an. Möglicherweise konzentrieren sich die USA unter Präsident Trump auf die Verbesserung der beschädigten Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten, bei Fortführung ausgewählter prioritärer Partnerschaften (Ägypten, Israel).

Wie sollte eine Nachkriegsordnung in Syrien aussehen?

Grundvoraussetzung für eine stabile Lösung wird zunächst ein Interessenausgleich zwischen den Regionalmächten sein. Danach wird es mit vereinter Unterstützung aller externer Parteien möglich werden, die syrischen Konfliktparteien auf eine Kompromisslösung zu verpflichten. Die territoriale Integrität des Landes sollte unbedingt erhalten bleiben, wie auch in der von USA und Russland gemeinsam initiierten Sicherheitsratsresolution 2254 vom 18. Dezember 2015 vorgesehen. Dass neue Staaten und neue Grenzen mehr Stabilität bringen, ist nicht nur im Nahen /

Russland und die USA könnten GEMEINSAM die derzeitige Pattsituation auflösen.

kratischen Wandel in Damaskus, zum neugebildeten, säkular und föderal ausgerichteten Rat für ein Demokratisches Syrien in Al Malikiyah (Nordostsyrien) sowie zur syrisch-kurdischen PYD.

Bereits 2013 kam es in der Frage der Abrüstung der syrischen Chemiewaffen zu einer Kooperation zwischen den USA und Russland. Im Oktober 2015 initiierten beide Mächte die 20 Staaten umfassende International Syria Support Group (ISSG) und brachten im Februar 2016 einen ersten Waffenstillstand zustande, der zumindest vorübergehend beachtet wurde. Möglicherweise sind die Chancen für eine US-amerikanisch / russische Kooperation mit dem Wahlsieg von Donald Trump wieder größer geworden. Entsprechend hoch sind die Erwartungen in Moskau. Denn eine stärker ideologisch geprägte US-Präsidentin Hillary Clinton hätte möglicherweise versucht, den wachsenden Einfluss Russlands im Nahen/ Mittleren Osten einzudämmen. Trump steht für ein unvoreingenommenes Zugehen auf Russland sowie für eine Begrenzung des weltweiten militärischen Engagements der USA. Seine Berater haben freilich höchst unterschiedliche Positionen ge-

Mittleren Osten zu bezweifeln. Denn es gibt keine „natürlichen Grenzen“. Eine Aufteilung Syriens würde eine Dynamik in Gang setzen, die die gesamte Region destabilisieren könnte. Hinzu kommt, dass Syrien, anders als etwa der Irak, eine historisch gewachsene Identität besitzt und auch ein modernes, gruppenübergreifendes Nationalbewusstsein entwickelt hat. Die russische Militärintervention hat die Position von Staatschef Assad wieder gestärkt. Dies mag man angesichts zahlloser Kriegsverbrechen der Regierung bedauern, doch hätte deren Niederlage möglicherweise den Zerfall des Landes und seiner Institutionen mit unabsehbaren Folgen ausgelöst.

Andererseits ist Assad von seinem erklärten Ziel, den Status quo ante wiederherzustellen, auch nach der Eroberung von Ost-Aleppo weit entfernt. Er musste sich in politische, ökonomische und militärische Abhängigkeit vom Iran und von Russland begeben, seine Armee ist personell ausgedünnt und kriegsmüde. Im Nordwesten und Südwesten kontrollieren Rebellen, im Norden Kurden, im Osten der IS bedeutende Gebiete. Auch wenn externe und innersyrische Akteure darauf pochen, dass Assad zumindest übergangsweise als Rückversicherung für ihre Interessen im Amt bleibt, so ist, wie in Resolution 2254 vorgesehen, als Gegengewicht eine Inte-

rimsregierung mit exekutiven Befugnissen zu bilden, in der alle relevanten, kompromisswilligen Akteure vertreten sind. Darüber hinaus muss eine Dezentralisierung der Macht auf die regionale und lokale Ebene erfolgen, um den autoritären Zentralismus abzulösen und eine Reorganisation Syriens von unten zu ermöglichen. Hierbei kann die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielen.

Natürlich wird der Friedensprozess von zahlreichen Risiken begleitet sein. Der türkisch / kurdische Regionalkonflikt kann jederzeit eskalieren, die Abgrenzung zwischen „gemäßigt-islamistischen“, radikalislamistischen und dschihadistischen Gruppierungen bleibt vage, und der erbitterte regionale Machtkampf zwischen Saudi-Arabien und dem Iran dürfte anhalten. Eine Herausforderung wird sein, die künftig mit vereinten Kräften vom IS wiederzuerobernden Territorien im Norden und Osten zu verwalten. Denn Armee, NDF, oppositionelle Milizen und Kurden nebst ihren externen Unterstützern beginnen bereits, sich dort um Einfluss zu streiten. Möglicherweise bietet es sich an, die wiedereroberten Gebiete unter internationale Interimsverwaltung zu stellen. In anderen Landesteilen wird zumindest eine neutrale internationale Streitmacht zwischen den Konfliktparteien positioniert werden müssen, um ein Wiederaufflammen von Kämpfen zu verhindern. Wichtigste Zukunftsaufgabe wird es sein, eine politische Ordnung aufzubauen, die allen Syrern ein Leben in Freiheit, Würde und ökonomischer Sicherheit ermöglicht. Ein Wiederausbruch des Kriegs kann langfristig nur verhindert werden, wenn die Ursachen der Protestbewegung von 2011 beseitigt sind. ///

Der territoriale Bestand des Staates sowie die Dezentralisierung der Macht in Syrien sind Grundvoraussetzungen für eine STABILE Lösung.



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler, Büro Forschung & Politikberatung in München, und stv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Landesverband Bayern.

Anmerkungen

- ¹ Al Jazeera: Syria death toll: UN envoy estimates 400,000 killed, 23.4.2016, <http://www.aljazeera.com/news/2016/04/staffan-de-mistura-400000-killed-syria-civil-war-160423055735629.html>, Stand: 19.11.2016.
- ² Hinzu kommen Syrer, die in entferntere Drittstaaten wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland geflohen sind, UNHCR: Syria Regional Refugee Response, 7.11.2016, <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>, Stand: 20.11.2016.
- ³ Holodny, Elena: Syria's civil war has destroyed its economy "for years to come", in: Business Insider, 9.6.2016, <http://www.businessinsider.de/syria-economy-destroyed-2016-6?r=US&IR=T>, Stand: 20.11.2016.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ Hierzu Al Dailami, Said / Pabst, Martin: Der Arabische Umbruch – eine Zwischenbilanz. Interne Dynamik und externe Einmischung, Berichte & Studien 99, hrsg. von Hanns-Seidel-Stiftung, München 2014, S. 28-33.
- ⁶ Hierzu Schweizer, Gerhard: Syrien verstehen. Geschichte, Gesellschaft und Religion, Stuttgart 2015, S. 41.
- ⁷ Sanger, David E. / Schmitt, Eric: Pentagon Says 75,000 Troops Might Be Needed to Seize Syria Chemical Arms, in: New York Times, 15.11.2012, <http://www.nytimes.com/2012/11/16/world/middleeast/pentagon-sees-seizing-syria-chemical-arms-as-vast-task.html>, Stand: 20.11.2016.
- ⁸ Reuter, Christoph: Die Schwarze Macht. Der „Islamische Staat“ und die Strategie des Terrors, München, 5. Aufl., 2015.
- ⁹ Moubayed, Sami: Under the Black Flag. At the Frontier of the New Jihad, London / New York 2015, S. 42-85.
- ¹⁰ Lynch, Marc: Die Neuen Kriege in der arabischen Welt. Wie aus Aufständen Anarchie wurde, Hamburg 2016, S. 325.